

STADT KITZINGEN

NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES STADTRATES AM 27.09.2012

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 27.09.2012
Beginn: 18:10 Uhr
Ende: 20:15 Uhr
Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Siegfried Müller ohne Ziffer 9, Unterziffer 2 –
pers. beteiligt

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Klaus Günther

Stadtrat Peter Lorenz

bis 19.53 Uhr, Ziffer 11.2

Stadtrat Manfred Marstaller

Stadtrat Manuel Müller

ohne Ziffern 4.2, 4.3, 4.9, 4.12, 5

Stadträtin Rosmarie Richter

Stadtrat Karl-Heinz Schmidt

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Andreas Moser

Stadtrat Thomas Rank

Stadträtin Gertrud Schwab

Stadträtin Hiltrud Stocker

Stadtrat Hugo Weiglein

ohne Ziffer 7 – pers. beteiligt

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul

Stadträtin Astrid Glos

Stadträtin Elvira Kahnt

Stadträtin Nicole Mahlmeister

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Manfred Freitag

Stadträtin Barbara Wachter

Stadträtin Jutta Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion

Bürgermeister Klaus Christof

Stadtrat Wolfgang Popp

Stadtrat Thomas Steinruck

ödp-Stadtratsgruppe

Stadtrat Jens Pauluhn

Stadträtin Andrea Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Franz Böhm

Stadtrat Hans Schardt

fraktionslos

2. Bürgermeister Werner May

Ortssprecher

Ortssprecher Dieter Pfrenzinger

Ortssprecherin Anna Schlötter
Schriftführer
Verwaltungsfachwirt Herbert Müller
Berichterstatter
Stadtplaner Torsten Fischer
Verwaltungsrat Ralph Hartner
Oberrechtsrätin Susanne Schmöger
Stadtkämmerer Bernhard Weber

Entschuldigt:

UsW-Stadtratsfraktion
Stadtrat Rolf Ferenczy
CSU-Stadtratsfraktion
Stadtrat Hartmut Stiller
SPD-Stadtratsfraktion
Stadtrat Klaus Heisel
FW-FBW-Stadtratsfraktion
Stadtrat Friedrich Haag

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Anmerkungen zur Tagesordnung.

1. Genehmigung der öffentlichen Niederschrift des Stadtrates vom 21.06.12, 05.07.12 und 26.07.2012

Oberbürgermeister Müller verweist auf die vorliegenden Protokolle und erkundigt sich nach Einwänden.

Bürgermeister Christof verweist auf die Problematik hinsichtlich des Technikcontainers von Kabel Deutschland, welcher im Bereich der Schrebergärten am Bahnhofsgelände aufgestellt wurde. Der Abschluss des Pachtvertrages widerspreche der aktuellen Beschlusslage des Stadtrates, wonach diese Flächen für die gärtnerische Nutzung freigehalten werden sollte. Er stellt den Antrag, dass der Vertrag mit Kabel Deutschland entsprechend der Beschlusslage rückgängig gemacht werde.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Gespräche mit Kabel Deutschland, die ein Grundstück in der Nähe des Bahnhofs (weil Nähe zur Telekom) gesucht haben, um für den Bereich Kitzingen schnelles Internet anbieten zu können. Da die nördlichen Flächen in die Konzepterstellung einbezogen werden sollten, habe man sich für das benannte Grundstück entschieden.

Stadtplaner Fischer erklärt, dass das benannte Grundstück mit Blick auf die Planung das geringste Konfliktpotential bot und verweist darüber hinaus auf die zusätzlichen Pachteinnahmen.

Er stellt fest, dass diese Problematik in der heutigen Sitzung nicht geklärt werden könne und schlägt vor, es bis zur Stadtratssitzung am 18.10.2012 nochmals aufzubereiten.

Stadträtin Richter ist der Auffassung, dass es nicht um die Problematik „Container ja oder nein“ gehe, sondern der Stadtratsbeschluss entgegenstehe, weshalb sie bittet, über den Antrag von Bürgermeister Christof Beschluss zu fassen.

Verwaltungsrat Hartner erklärt, dass unmittelbar in der Sitzung gestellte Anträge, die einer Klärung des Sachverhaltes bedürfen, bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt werden können.

Bürgermeister Christof ist damit einverstanden.

Stadtrat Weiglein bittet die Umstände einer Kündigung zu prüfen (Kündigungsrecht?, Zeitvertrag?, Gründe der Kündigung? Schadensersatz?).

Oberbürgermeister Müller sagt zu, den Antrag in der Sitzung am 18.10.2012 zu behandeln.

beschlossen 26 dafür 1 dagegen

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzungen des Stadtrates vom 21.06.2012, 05.07.2012 sowie 26.07.2012 gelten gemäß Art. 54 Abs. 2 als genehmigt.

Bürgermeister Christof gibt zu Protokoll, dass er dagegen gestimmt habe, da er die Protokollierung in Teilen für lückenhaft halte.

2. Vorstellung der Ergebnisse des Mediationsworkshops am 27./28. Juli 2012 in Ebrach

Oberbürgermeister Müller verweist auf den Mediationsworkshop am 27. und 28. Juli 2012 in Ebrach und stellt fest, dass der Stadtrat sowie die Verwaltung einen gemeinsamen Auftrag zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger sowie zum Wohle der Stadt Kitzingen haben. Das Gremium habe hierfür die entsprechenden Entscheidungen zu treffen und eine fraktionsübergreifende Zusammenarbeit sei hierzu Voraussetzung. Dies bedeute jedoch nicht, dass alle Mitglieder im Gremium gleicher Meinung sein müssten. Unterschiedliche Meinungen seien in der sachlichen und zielorientierten Diskussion gewollt. Insbesondere das Ausüfern von Diskussionen sowie persönliche Angriffe haben letztlich zum Mediationsworkshop in Ebrach geführt.

Er möchte sich bei allen Teilnehmern für das konstruktive Miteinander bedanken und stellt fest, dass die Meinungen hinsichtlich des Miteinanders und der Sitzungsführung nicht weit auseinander gehen. Man müsse sich an die entsprechenden Spielregeln halten und verweist auf die gemeinsam festgelegten Eckpunkte und beschlossenen Maßnahmen.

Er erklärt, dass der zeitliche Aufwand sehr hoch sei und oft die Zeit zur Behandlung von wichtigen Themen fehle. Zur Verbesserung sei ein effektives Handeln wichtig.

Er bittet, persönliche Angriffe zu unterlassen und stets zur Sache zu diskutieren, damit die Aufgaben der Stadt gemeinsam bewältigt werden können. Hierzu gehöre auch, dass Mehrheitsentscheidungen respektiert werden.

Er erklärt, alle Mitglieder, die nicht teilgenommen haben, können die Ergebnisse des Mediationsworkshops im Nachhinein noch anerkennen.

Stadtrat Popp erklärt als Stadtrat, der nicht am Workshop teilgenommen hat, dass es bei schwierigen Themen zu ausgebotenen Diskussionen mit unterschiedlichen Meinungen kommen dürfe und dann die Diskussionskultur emotional werden dürfe.

Er habe einen solchen Prozess vor Jahren bereits miterlebt und erklärt, dass sich im Ergebnis nichts änderte, weshalb er dieses Mal eine Teilnahme ablehnte. Seiner Auffassung nach werde es besser, wenn unterschiedliche Sichtweisen aus-

föhrlich diskutiert werden können, wenn die Infos rechtzeitig gegeben und Absprachen eingehalten werden, wenn die Protokolle entsprechend gestaltet werden und die Geschäftsordnung beachtet werde. Viele personelle Änderungen hätten sich ergeben, stets gleich blieb das Verwaltungshandeln. Er versuche sein Bestes, werde jedoch die Ergebnisse nicht anerkennen.

Ohne Abstimmung

Die Ergebnisse des Mediationsworkshop am 27./28. Juli 2012 werden zur Kenntnis genommen.

3. Anträge von Fraktionen und Gruppen

3.1. Erwerb von Flächen und Immobilien aus den Konversionsarealen; KIK-Antrag Nr. 76-2010

Verwaltungsrat Hartner verweist kurz auf die Diskussion in der Finanzausschusssitzung. Im Ergebnis wurde dort festgestellt, dass der Kulturbeirat in Zusammenarbeit mit dem Sportreferent die Gespräche mit den Vereinen aufnehmen sollte, um die einzelnen Bedürfnisse genauer eruieren zu können.

Oberbürgermeister Müller ergänzt, dass man der Bitte von Stadtrat Schmidt nachgekommen sei und bei der BIMA hinsichtlich der Kühlhäuser im Klosterforst das Interesse bekundet habe.

Bürgermeister Christof verweist auf die Intention seines Antrages, die Bedürfnisse der Vereine abzufragen und zu prüfen, in welchem Umfang sich möglicherweise die Liegenschaften der ehem. US-Kasernen dafür eignen. Aufgrund der schleppenden Antragsbehandlung habe er dies auf die gesamte Stadt ausgeweitet. In Kitzingen gebe es viele Möglichkeiten, um die Vereine entsprechend unterbringen zu können. Er sehe die Verwaltung als den richtigen Ansprechpartner, so wie er es in seinem Antrag auch formuliert habe und spricht sich gegen eine Beauftragung des Kulturbeirates aus.

Die Verwaltung könnte beispielsweise freie Räumlichkeiten auf der Internetseite darstellen und die Vereine insoweit untereinander vernetzen. Auch über die Presse könnte man dies kommunizieren. Einen Verweis auf Wirtschaftlichkeit könne er nicht akzeptieren. Eine Investition in bürgerschaftliches Engagement bringe für eine Stadt stets einen Mehrwert.

Stadtrat Moser verweist auf die Flächen der BIMA, die nur im Bieterverfahren veräußert werden und er deshalb keine Chance sehe, Flächen bzw. Gebäude entsprechend des Antrages zu erwerben. Mit Blick auf die Auslastung der Verwaltung halte er eine Beauftragung des Kulturbeirates für sinnvoll. Er kritisiert, dass Bürgermeister Christof die Argumente stets in seine Richtung drehe und verweist exemplarisch auf die Wirtschaftlichkeit.

Im Grunde halte er die Intention des Antrages für gut, welcher jedoch aufgrund der Rahmenbedingungen mit der BIMA nicht umgesetzt werden könne.

Stadträtin Wallrapp verweist auf die Situation hinsichtlich der Nachnutzung des Alten Krankenhauses, wobei ebenfalls eine Abfrage der Vereine erfolgte und es letztlich zu keinem Ergebnis gekommen sei. Teilweise halte sie die Wünsche der Vereine etwas überzogen. Der Kulturbeirat zusammen mit dem Sportreferent seien die Richtigen, um sich die Wünsche der Vereine anzuhören. Dieser Prozess sei ein Anfang um den Bedürfnissen der Vereine etwas gerecht zu werden.

Stadträtin Schmidt verweist auf ihren Vorschlag aus der Sitzung des Finanzaus-

schusses, wonach Bürgermeister Christof mit dieser Aufgabe betraut werden sollte. Als Bürgermeister gehöre er teils zur Verwaltung und habe als Antragsteller die entsprechenden Kenntnisse. Aufgrund der Vielschichtigkeit des Themas halte sie den Kulturbeirat für überfordert.

Stadtrat Schmidt verweist auf die Liste, wonach nicht nur die Vereine einen Bedarf hätten, sondern beispielsweise das Museum als städtische Einrichtung Platz für das Museumsgut bräuchte. Hier müsste die Verwaltung dringend handeln. Es gebe einen Bedarf von Vereinen und gegenwärtig noch Flächen der BIMA, die hierfür ggf. verwendet werden könnte. Seiner Meinung nach sollte Beides zusammengebracht werden. Er stellt den Antrag, dass die Stadt die Möglichkeiten eines Erwerbs des Kühlhauses im Klosterforst prüfen sollte.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass ein entsprechendes Schreiben bereits vorbereitet sei und an die BIMA verschickt werde.

Stadträtin Stocker verweist auf die Vereine, die eigene Gebäulichkeiten hätten und die Problematik, den eigenen Unterhalt bestreiten zu können. Ihrer Auffassung nach könnte ggf. der Bedarf der aufgelisteten Vereine mit Hallen und Gebäuden bestehender Vereine gedeckt werden.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass der Auftrag des Antrages, den Bedarf bei den entsprechenden Vereinen abzufragen, erledigt wurde. Es müsse auch beachtet werden, dass kein Verein zu sehr begünstigt werde, da es eine Vielzahl von Vereinen gebe, die sich selbst organisieren und finanzieren. Der Weg mittels Kulturbeirat und Sportreferent halte er für den Richtigen.

Stadträtin Richter stellt den Antrag auf Schluss der Debatte.

beschlossen **dafür 22** **dagegen 5**

Dem Antrag auf Schluss der Debatte von Stadträtin Richter wird stattgegeben.

beschlossen **dafür 24** **dagegen 3**

Der Kulturbeirat gemeinsam mit dem Sportreferent werden beauftragt, die Gespräche mit den Vereinen, die Bedarf gemeldet haben, zu suchen und die Möglichkeit einer Umsetzung deren Bedürfnisse zu eruieren.

4. Budgetübertrag

4.1. Budgetabrechnung Stadtjugendpflege 2011

Ohne Abstimmung

Die Abrechnung des Gesamtbudgets Stadtjugendpflege UA 4605 für das Haushaltsjahr 2011 schließt mit einem Überschuss in Höhe von 13.995,07 €. Der Überschuss wird zu 70%, d.h. in Höhe von 9.797,00 € in das Haushaltsjahr 2012 übertragen.

4.2. Budgetübertrag 2011; hier: Sonstige Öffentliche Einrichtungen

beschlossen **dafür 26** **dagegen 0**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Das negative Ergebnis beim Budget „Sonstige Öffentliche Einrichtungen“ in

Höhe von 6.129,00 € wird nicht in das Haushaltsjahr 2012 übertragen.

**4.3. Budgetübertrag von 2011;
UA 3400; Heimat- und Kulturpflege**

Stadträtin Wallrapp ist der Auffassung, ein Defizit in Höhe von 50 % zu übertragen. Man sollte sich vorab überlegen, mit welchen Kosten gerechnet werde und eine entsprechende Kalkulation des Weihnachtsmarktes erstellen. Sie bittet über ihren Antrag getrennt abstimmen zu lassen.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass zunächst über den Beschluss des Finanzausschusses abgestimmt werden müsse.

beschlossen dafür 18 dagegen 8

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Das negative Ergebnis beim Budget „Heimat- und Kulturpflege“ UA 3400 in Höhe von 15.697,00 € wird nicht in das Haushaltsjahr 2012 übertragen.

**4.4. Budgetabrechnung 2011;
Budget Standesamt - UA 0501**

Ohne Abstimmung

Für das Standesamt ergibt sich im Jahr 2011 ein positiver Übertrag auf 2012 in Höhe von

10.200,- €.

**4.5. Städtisches Archiv, UA 3111;
Bugetübertrag 2011**

Ohne Abstimmung

Die Abrechnung des Budgets des Stadtarchivs – UA 3111 für das Haushaltsjahr 2011 schließt mit einem Überschuss in Höhe von 8.306,59 Euro ab.

Der Überschuss wird zu 70%, d.h. in Höhe von 5.815,00 Euro, in das Haushaltsjahr 2012 übertragen.

Dieser positive Übertrag dient zur Deckung der nicht vorhersehbaren Mehrausgaben für die Umgestaltung bzw. Erweiterung des Arbeitsplatzes der neuen Mitarbeiterin im Stadtarchiv.

**4.6. Budgetabrechnung 2011;
Gesamtbudget "Städtische Friedhöfe" - UA 7511 bis UA 7516**

Ohne Abstimmung

Für das Standesamt ergibt sich im Jahr 2011 ein negativer Übertrag auf 2012 in Höhe von

29.312,- €.

**4.7. Budgetabrechnung für das Haushaltsjahr 2011;
Budget Feuerwehr - UA 1300 -**

Ohne Abstimmung

Die Abrechnung des Budgets Feuerwehr – UA 1300 – für das Haushaltsjahr 2011 schließt mit einem Überschuss in Höhe von 17.285,61 € ab.

Der Überschuss wird zu 70 %, d.h. in Höhe von 12.100,00 € in das Haushaltsjahr 2012 übertragen.

**4.8. Budgetabrechnung für das Haushaltsjahr 2011;
Budget Verkehrsüberwachung - UA 1122, UA 6815 -**

Ohne Abstimmung

Die Abrechnung des Budgets Verkehrsüberwachung – UA 1122, UA 6815 – für das Haushaltsjahr 2011 schließt mit einem Überschuss in Höhe von 31.583,10 € ab.

Auf den Übertrag in Höhe von 18.075,00 € in das Haushaltsjahr 2012 wird verzichtet.

**4.9. Budgetabrechnung für das Haushaltsjahr 2011
Budget Volkshochschule - UA 3501**

beschlossen dafür 26 dagegen 0

Die Abrechnung des Budgets Volkshochschule – UA 3501 für das Haushaltsjahr 2011

schließt mit einem Überschuss in Höhe von 19.751,00 € ab.

Wir bitten darum, den Überschuss entgegen den Budgetierungsrichtlinien in voller Höhe

(100 %) in das Haushaltsjahr 2012 zu übertragen.

**4.10. Abrechnung des Budgets für das Haushaltsjahr 2011;
Gesamtbudget UA 3331 - Musikschule**

Stadträtin Richter bedankt sich für die Antwort, wonach die Musikschule als Mieterin für Renovierungsarbeiten selbst aufkommen müsse, bittet jedoch nochmals um Prüfung, um welche Flächen es sich handle, da Kosten in Höhe von 3.000,00 € bzw. 4.000,00 € entstehen.

Verwaltungsrat Hartner sagt dies zu.

Ohne Abstimmung

Die Abrechnung des Budgets von 309.370 € - UA 3331 – für das Haushaltsjahr 2011

schließt mit einem Überschuss in Höhe von 19.804,80€ ab.

Der Überschuss wird zu 70%, d. h. in Höhe von 13.863,00€ in das Haushaltsjahr 2012 übertragen.

**4.11. Budgetabrechnung für das Haushaltsjahr 2011
Budget Alte Synagoge - UA 3009**

Ohne Abstimmung

Die Abrechnung des Budgets Alte Synagoge – UA 3009 für das Haushaltsjahr 2011 schließt mit einem Defizit in Höhe von 6.808,00 € ab.
Das Defizit wird in voller Höhe in das Haushaltsjahr 2012 übertragen.

**4.12. Budgetabrechnung für das Haushaltsjahr 2011;
Budget Bauhof - UA 7711 -**

beschlossen dafür 26 dagegen 0 anwesend 26 befangen 0

Die Abrechnung des Budgets Bauhof – UA 7711 – für das Haushaltsjahr 2011 schließt mit einem Defizit in Höhe von 31.090 € ab.
Das Defizit in Höhe von 31.090 € wird nicht ins Folgejahr übertragen.

**4.13. Budgetabrechnung für das Haushaltsjahr 2011;
Gesamtbudget Straßen, Wege, Plätze - UA 5800, 5921, 5931, 6300, 6500,
6600, 6709, 6751, 6752, 6900 und 7850**

Stadträtin Wallrapp bezieht sich auf die Spielgeräte des ehem. Hortes in der Flugplatzstraße und ist der Auffassung, dass die Stadt aufgrund des Vertrages ein Recht auf die Nutzung dieser Geräte habe. Bevor – wie im Sachvortrag dargestellt – das übertragene Geld für die Beschaffung von Spielgeräten ausgegeben werde, sollte sinnvollerweise auf diese Bestände zurückgegriffen werden.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass dies bereits geprüft wurde und die Stadt kein Anspruch an den Geräten habe, da sie nicht Eigentümerin ist.

Ohne Abstimmung

Die Abrechnung des Gesamtbudgets Straßen, Wege, Plätze – UA 5800, 5921, 5931, 6300, 6500, 6600, 6709, 6751, 6752, 6900 und 7850 – für das Haushaltsjahr 2011 schließt mit einem Überschuss in Höhe von 64.330,69 € ab. Der Überschuss wird zu 70 %, d.h. in Höhe von 45.031,00 €, in das Haushaltsjahr 2012 übertragen.

**4.14. Budgetabrechnung 2011; Budget Abwasserbeseitigung - UA 7000, 7002,
7006, 7146, 7189**

Bürgermeister Christof möchte wissen, ob bei den Kanalbenutzungsgebühren auch Mittel für die Reinvestitionen enthalten seien.

Stadtkämmerer Weber bestätigt dies und erklärt, dass die Reinvestitionen über die kalkulatorischen Kosten (Zinsen und Abschreibung) berücksichtigt seien.

Bürgermeister Christof erbittet die einzelnen Sätze der jeweiligen Bereiche.

Stadtkämmerer Weber sagt zu, diese für die einzelnen Bereiche zu übermitteln.

Ohne Abstimmung

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Abrechnung des Gesamtbudgets 2011 schließt mit einem zusätzlich erwirtschafteten Überschuss in Höhe von 49.232,22 € ab. Der Überschuss wird zu 70 % d.h. in Höhe von 34.463,00 € in das Haushaltsjahr 2012 übertragen.

4.15. Budgetabrechnung für das Haushaltsjahr 2011; Budget Stadtgärtnerei - UA 5821

Ohne Abstimmung

Die Abrechnung des Budgets Stadtgärtnerei – UA 5821 – für das Haushaltsjahr 2011 schließt mit einem Überschuss in Höhe von 15.202,24 € ab. Der Überschuss wird zu 70 %, d.h. in Höhe von 10.642,00 € übertragen.

4.16. Budgetabrechnung des Städtischen Museums Kitzingen für das Haushaltsjahr 2011 - UA 3200

Auf die Frage von Stadtrat Schmidt hinsichtlich eines Depots für das Museum erklärt Verwaltungsrat Hartner, dass eine Anmietung in Rede stehe und die Verwaltung dies weiter verfolgen werde.

Ohne Abstimmung

1. Die Abrechnung des Budgets Städtisches Museum Kitzingen – UA 3200 – für das Haushaltsjahr 2011 schließt mit einem Defizit von 21.335,00 € ab.
2. Das Defizit für das HH-Jahr 2011 wird in voller Höhe (21.335,00 €) übertragen und in den Jahren 2012 – 2015, gemäß Beschluss des Stadtrates vom 22.02.2011, schrittweise durch Verminderung der Ausgaben im Bereich der operativen Haushaltsstellen des Städtischen Museums abgebaut.

5. GBW AG - Verkauf/Erwerb des Aktienpaketes der Bayer. Landesbank

beschlossen dafür 26 dagegen 0

Der Stadtrat beschließt, dass sich die Stadt Kitzingen als Gesellschafterin an einer Komplementär-GmbH zum Erwerb von Anteilen an der GBW AG in einem offenen Bieterverfahren nicht beteiligt.

6. Bau einer Wohnanlage für Betreutes Wohnen im Alter in der Lindenstraße 15, 17 mit Würzburger Straße 25 ("Goldener Löwe") Beschluss über das Neubaukonzept

Stadtrat Weiglein ist aufgrund persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begibt sich ohne Aufforderung in den Zuhörerbereich.

Stadtplaner Fischer geht ausführlich auf den Sachverhalt und die bisherigen Planungen hinsichtlich des Baus einer Wohnanlage für betreutes Wohnen im Bereich der Lindenstraße bzw. Würzburger Straße ein.

Stadtrat Rank als Stadtentwicklungsreferent erklärt, dass sich der Stadtentwicklungsbeirat mit dem Konzept beschäftigt habe und seine Zustimmung zum Vorhaben gibt.

Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt findet das Konzept gut, einzig die Gestaltung halte er für verbesserungswürdig und bemängelt das Nachbauen der historischen Substanz. Seiner Auffassung nach könnte man an dieser Stelle mit moderneren Elementen arbeiten.

Er möchte wissen, wie die Beschlussfassung zu deuten sei und, ob es sich um eine Bauvoranfrage handle. Falls dies eine Bauvoranfrage wäre, müsse der Investor entsprechend benannt werden.

Stadtplaner Fischer erklärt, dass das vorliegende Konzept als Grundlage der weiteren Planung diene und die Anregungen bei der Detailplanung mit dem Investor besprochen werden.

Auf nochmalige Frage zur Bauvoranfrage verbunden mit der Nennung des Investors verdeutlicht Stadtkämmerer Weber, dass der Investor aufgrund des Beschlusses keine rechtliche Verbescheidung erhalte.

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser freut sich über das Konzept und begrüßt die Verbesserung an dieser Stelle. Sehr erfreulich sehe er die entstehende Gaststätte an.

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul begrüßt die Entwicklung an benannter Stelle ebenfalls und stimmt dem Beschlussentwurf zu. Ihrer Auffassung nach müsse die Parkplatzproblematik gelöst werden und verweist in diesem Zusammenhang auf die Errichtung einer Tiefgarage.

FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp begrüßt eine Entwicklung an dieser Stelle sehr und bejaht einen Bedarf an betreutem Wohnen in der Innenstadt. Sie bittet, das Projekt weiterhin voranzutreiben und die entsprechenden Gespräche zu führen.

KIK-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Christof stellt fest, dass man der Verwaltung sowie dem Investor klare Vorgaben machen müsse, auch hinsichtlich des Bereiches „Gestaltung“. Seiner Auffassung nach gehe dies nur über ein Bebauungsplanverfahren mit entsprechender Veränderungssperre. Darüber hinaus verweist er auf die sehr schlechte Parkplatzsituation in diesem Bereich und spricht ebenfalls das Thema Garage an. Darüber hinaus kritisiert er die in Rede stehende neue Satzung zur Stellplatzablöse.

Er könne sich vorstellen, dass der angedachte Stellplatz in Richtung Viadukt ebenfalls bebaut werde und man so zu einem entsprechenden Stadteingang kommen könnte.

Dem vorliegenden Beschlussentwurf könne die KIK nicht zustimmen.

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt verweist auf den Bedarfsplan für Pflegeeinrichtungen und stellt fest, dass für betreutes Wohnen kein Bedarf bestehe. Sinnvollerweise sollten die

Plätze in den bestehenden Einrichtungen aufgefüllt werden. Mittels eines Bebauungsplans könnte man entsprechende Vorgaben machen, weshalb sie sich ebenfalls für den Vorschlag von Herrn Christof und gegen den Beschlussentwurf ausspricht.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass die Ausnutzung der Wettbewerb regelt und die Stadt keine Vorgaben machen könne. Die Bedarfsplanung des Landratsamtes richte sich nur danach, ob die jeweiligen Träger eine Förderung erhalten.

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm hat Bedenken, dass der Investor sein Angebot zurückziehen könnte, wenn derartige Forderungen aufgestellt werden. Er spricht sich für den Beschlussentwurf aus.

Stadtrat Steinruck verweist hinsichtlich der Aufstellung des Bebauungsplans und der Möglichkeit der Mitgestaltung durch den Stadtrat darauf, dass der Investor bei diesem Prozess in gleicher Weise mit ins Boot genommen werden und insofern eine gemeinsame Planung entstehen könnte.

Stadtplaner Fischer weist abschließend darauf hin, dass der vorliegende Beschluss nur eine grundsätzliche Zustimmung seitens des Gremiums darstelle und der Stadtrat im weiteren Verlauf der Planung nochmals mit einbezogen werde. Man müsse beachten, in welchem Umfeld die Liegenschaft sei (B 8, Bahn) und stellt fest, je höher die Anforderungen gestellt werden, desto schwieriger eine Verwertbarkeit werde.

beschlossen dafür 22 dagegen 4

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat stimmt dem Neubaukonzept, in der vorgelegten Fassung (siehe Anlage), als Grundlage für die weitere Planung zu.
3. Der Stadtrat ist mit der Genehmigungsplanung nochmals zu befassen.

7. Bayer. Kommunalen Prüfungsverband - Prüfung der Jahresrechnungen 2007 - 2010, TZ 3 b) Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen; Festsetzung des Verwaltungskostenbeitrages an die Stadt Kitzingen

beschlossen dafür 27 dagegen 0

Der jährliche Verwaltungskostenbeitrag (fällig am 30.06.) von der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen an die Stadt Kitzingen wird für den Zeitraum 01.01.2013 bis 31.12.2017 auf 2.500,00 € festgesetzt.

8. Feststellung der Jahresrechnung 2008 der Stadt Kitzingen und der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe sowie Entlastung der Verwaltung

beschlossen dafür 26 dagegen 0

1. Feststellung der Jahresrechnung 2008 (Abstimmung mit Oberbürgermeister)

Gemäß Art. 102 Abs. 3 der Gemeindeordnung wird die Jahresrechnung 2008 der Stadt Kitzingen und der von der Stadt verwalteten Stiftung für Alten- und Pflegehilfe nach Durchführung der örtlichen Prüfung festgestellt.

beschlossen dafür 25 dagegen 0

Oberbürgermeister Müller ist aufgrund persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und verlässt ohne Aufforderung seinen Platz.

2. Entlastung der Verwaltung (Abstimmung mit Ausschluss Oberbürgermeister)

Gemäß Art. 102 Abs. 3 der Gemeindeordnung wird für die Jahresrechnung 2008 der Stadt Kitzingen und der von der Stadt verwalteten Stiftung für Alten- und Pflegehilfe der Verwaltung die Entlastung erteilt.

9. Gebührenkalkulation für die Friedhöfe der Stadt Kitzingen und der Ortsteile; Nachkalkulation 2011 und Vorkalkulation 2012 - 2015

beschlossen dafür 25 dagegen 1

Das Defizit aus der Nachkalkulation 2011 wird in die Folgejahre vorgetragen.

Die Friedhofsgebühren für die Friedhöfe der Stadt Kitzingen und der Ortsteile bleiben unverändert, auf eine Erhöhung im Haushaltsjahr 2012 wird verzichtet.

10. Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm II - Soziale Stadt; Weiterführung des Quartiersbüros in der Böhmerwaldstr. 11

beschlossen dafür 26 dagegen 0

Der Weiterführung des eingerichteten Quartiersbüros und der Verlängerung des Mietvertrages bis zum 31.07.2014 wird zugestimmt.

11. Sonstiges

**11.1. Anfrage von Stadträtin Kahnt
Baumaßnahme Bahnunterführungen Innere Sulzfelder/Kaltensondheimer Straße**

Stadträtin Kahnt verweist auf die Beschlussfassung hinsichtlich der Arbeiten an den Unterführungen Innere Sulzfelder Straße/Kaltensondheimer Straße und möchte wissen, wann die Bauarbeiten beginnen, nachdem die seinerzeitige Beschlussfassung dringend erfolgen musste, da die Bahn mit dem Bau in 2012 beginnen wollte.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass sich die Stadt an die Bauarbeiten der Bahn anhängt und sich die Arbeiten der Bahn bislang noch verzögern. Erst wenn die Bahn mit den Arbeiten begonnen habe, könne auch die Stadt beginnen.

Stadtrat Pauluhn stellt dar, dass bei Entscheidungen, die sehr schnell und mit einer Generalmächtigung für den Oberbürgermeister getroffen werden, sich im Nachhinein eine Umsetzung verzögere und tatsächlich entsprechend Zeit für die Entscheidung gewesen wäre.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass der entsprechende Zeitplan vorlag und zum damaligen Zeitpunkt eine rasche Entscheidung getroffen werden musste.

11.2. Anfrage von Stadträtin Wallrapp Abschlussrechnung Bau Nordtangente

Stadträtin Wallrapp möchte wissen, ob dem Bauamt alle Rechnungen zur Nordtangente bereits vorliegen. Außerdem fragt sie nach, ob es noch Nachträge gebe, die vom Stadtrat genehmigt werden müssen und ob die Schlussrechnung der Firma Meier bereits vorliege. Sie verweist darauf, dass aufgrund fehlender Prüfung des Büros Meier offenbar bereits 25.000,00 € an Zinsen angefallen seien und gibt zu Bedenken, wer dafür aufkommt. Sie werde die Fragen nochmals schriftlich an die Verwaltung richten und bittet anschließend um Stellungnahme.

11.3. Anfrage von Stadträtin Glos Vorlage der Haushaltsunterlagen

Stadträtin Glos möchte wissen, bis wann die Haushaltsunterlagen vorgelegt werden, damit sich die Stadträte auf die Haushaltsberatungen Anfang November vorbereiten können.

Stadtkämmerer Weber erklärt, dass er die Unterlagen gegenwärtig zusammenstelle und diese bis 18.10.2012 dem Stadtrat vorlegen möchte.

11.4. Anfrage von Bürgermeister Christof Anhörungstermin Bahnlärm am Montag, 08.10.2012

Bürgermeister Christof verweist auf den Anhörungstermin zum Bahnlärm in der Alten Synagoge und habe sich von der Verwaltung eine Information erhofft, wie diese Veranstaltung ablaufen werde. Er äußert seinen Unmut, dass die Vorbereitungen seitens der Verwaltung nicht entsprechend der Vorstellungen der Antragssteller abgelaufen seien.

Er möchte wissen, welche Position die Stadt vertrete. Außerdem gibt er zu bedenken, dass für Fachleute enorme Summen ausgegeben werden.

Es kommen Leute von außen, die sich über Kitzingen äußern sollen und kennen die Stadt überhaupt nicht.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass es sich um eine Expertenanhörung handle und diese zu rechtlichen, medizinischen sowie technischen Aspekten äußern sollten. Er maße sich nicht an, die entsprechenden Antworten geben zu können. Darüber hinaus gebe es eine Moderatorin, die den Abend entsprechend leite.

Bürgermeister Christof möchte wissen, ob das Redeverbot, welches in den Bürgerversammlungen herrsche, auch für diese Veranstaltung gelte.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass es eine Veranstaltung für die Bürger sei und sich diese in erster Linie an der Diskussion beteiligen sollten.

Stadtrat Pauluhn erklärt, dass die Stadträte diese Vorstellung der Experten ebenfalls zum ersten Mal hören und deshalb seiner Auffassung nach, die Stadträte auch Fragen stellen dürfen sollten.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass es ein schmaler Grat sei, er jedoch gegen die Fragenstellung von Stadträten keine Einwände habe. Sollte es zu einer Diskussion führen, werde die Moderatorin entsprechend eingreifen.

**11.5. Anfrage von Stadtrat Moser
Schäden an der Laufbahn im Sickergrund**

Stadtrat Moser verweist auf die Schäden an der Laufbahn im Sickergrund und erkundigt sich nach dem Sachstand.

Stadtplaner Fischer erklärt, dass bereits im August ein Ortstermin stattfand und man nun die Schäden nochmals begutachten werde. Die Stadt habe vier Jahre Gewährleistung und werde entsprechend an die Firma herantreten.

Stadträtin Wallrapp erklärt, dass neben der Bahn auch noch eine Anfrage zum Dach der Sickergrundhalle ausstehe.

Stadtplaner Fischer erklärt, dass Schäden am Dach aufgetreten sind, die behoben werden müssen. Darüber hinaus habe das Amt 6 Mittel für die Sanierung der Halle angemeldet. Eine isolierte Sanierung des Daches halte er für unsinnig.

Oberbürgermeister Siegfried Müller schließt die öffentliche Sitzung um 20:15 Uhr.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Siegfried Müller
Oberbürgermeister

Herbert Müller
Verwaltungsfachwirt

Stellv. Vorsitzender

Klaus Christof
Bürgermeister (für Ziffer 9 Unterziffer 2)